

Durch gesicherte Erkenntnisse ist bekannt, daß Inhaftierte, die Agenturen von Geheimdiensten sind, die Verfehlungen der revolutionären Wachsamkeit und Konspiration konsequent für ihre feindlich-negative Tätigkeit ausnutzen.

Diese Aufgabenstellung wird durch die neuen politisch-operativen Lagebedingungen noch erhärtet. Sie ergeben sich aus

- den abgeschlossenen Verträgen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Senat von Westberlin. Die Verträge über Reise-, Transit- und Besucherverkehr, über Grenzfragen, Post- und Fernmeldefragen und andere, ergeben eine Vielzahl von notwendigen Kontakten von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik mit Vertretern von Konzernen und Einrichtungen aus der Bundesrepublik Deutschland.

Durch die Kontaktpolitik und -tätigkeit, als einen Teil der politisch-ideologischen Diversion, versucht der Gegner, über die abgeschlossenen Verträge in die entsprechenden Einrichtungen in der Deutschen Demokratischen Republik einzudringen und seine feindlichen Angriffe wirksam werden zu lassen.

- Durch die weltweite Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und die Einrichtung von diplomatischen und konsularischen Vertretungen sowie die dazugehörigen akkreditierten Journalisten, ergibt sich für viele kapitalistische Staaten die Möglichkeit, offizielle Kontakte anzuknüpfen und für die Realisierung ihrer Ziele zu nutzen. Daraus ergeben sich Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten gegenüber den ausländischen Bürgern, die in Untersuchungshaftanstalten des Ministeriums für Staatssicherheit inhaftiert sind. Konkret heißt das, daß Vertreter diplomatischer und konsularischer Einrichtungen mit Bürgern ihrer Staaten in Verbindung treten können und bestimmte Informationen über die Rechtslage des Strafverfahrens erhalten. Das erfordert eine konsequente Einhaltung